



Medienmitteilung

Luzern, 9. Juni 2020

Gewalt und Drohung gegen Polizistinnen und Polizisten könnten in Zukunft mit härteren Strafen geahndet werden

VSPB – In der heutigen Sommersession des Ständerates wurde über härtere Strafmasse bei Taten gegen Beamte und Behörden debattiert. Der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter ist erfreut über die Annahme des Minderheitsberichtes Engler (GR) zur Revision des Artikels 285 des Strafgesetzbuches. Auch wenn es sich bei der Revision auf den ersten Blick um juristische Details handelt, könnten die Gerichte in Zukunft die Möglichkeit, schwerwiegende Straftaten gegen Polizistinnen und Polizisten härter zu verurteilen. Insbesondere handelt es sich hierbei um körperliche Gewalt gegen die Polizei.

In der Praxis und bei vergangenen Vorfällen hat sich gezeigt, dass Geldstrafen wenig bis keine Wirkung haben. Die Rechtskommission des Ständerates forderte mit seiner Entscheidung, dass schwere körperliche Angriffe gegen Polizistinnen und Polizisten nicht mehr mit Geldstrafen gebüsst werden sollten, sondern mit Freiheitsstrafen. Dies hat neben Gerechtigkeit auch eine abschreckende Wirkung.

Nun geht dieses für alle Polizistinnen, Polizisten und allen anderen Beamten wichtige Dossier in den Nationalrat zur Behandlung und Abstimmung. Der VSPB wird in Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Gruppe für Polizei und Sicherheitsfragen alles unternehmen, damit auch hier, mit den allfälligen nötigen Anpassungen, das gleiche Resultat erzielt werden kann. Es ist an der Zeit, dieses nicht mehr zeitgemässe Gesetz anzupassen.

Danach, sollte auch der Nationalrat dieser These folgen, werden die Gerichte mit einem neuen Instrument diese Straftaten bestrafen müssen und somit die neuen Bestimmungen umsetzen. Oder wie es Bundesrätin Karin Keller-Sutter treffend formulierte: «Mut zur Anwendung».

Der VSPB verfolgt dieses Dossier weiter, um auch in Zukunft die konsequente Anwendung der Gesetze zur Bekämpfung der Gewalt gegen die Polizei zu erreichen. Es ist absurd, dass Menschen, die den Auftrag haben, die Bevölkerung zu schützen, selber zum Opfer werden. Insbesondere in der Ausübung ihrer Arbeit.

Für weitere Informationen:

- Deutsch: Johanna Bundi Ryser, Präsidentin VSPB, Tel. 079 609 50 90
 - Französisch und Italienisch: Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64
-



DE

FR